

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 10g. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Kämpfe der Gegenwart.

Ueber dieses aktuelle Thema referierte am 2. März in einer großen öffentlichen Versammlung zu Köln Generalsekretär Stegerwald. Bei dieser Gelegenheit kam er auch, nachdem er die Stellung der christlich-organisierten Arbeiter in der Wahlbewegung präzisiert hatte, auf den sogenannten Gewerkschaftsstreit, oder — wie man sich genauer ausdrücken kann — auf den Streit im katholischen Lager, der sich für und wider die interkonfessionellen Gewerkschaften in der letzten Zeit mit besonderer Schärfe entspannt, zu sprechen. Wir haben schon vor einiger Zeit gegenüber den lächerlichen Prophezeiungen in der Buchbindereizettel, die christlichen Gewerkschaften würden nach der Reichstagswahl aufgelöst, gesagt, wie es mit solchen Grabesängeln bestellt ist. Die Ausführungen Stegerwalds, die wir nachstehend im Wortlaut folgen lassen, bekräftigen das, was wir seinerzeit gegenüber den „frommen Wünschen“ der Berliner Lanze gesagt haben.

Stegerwald führte aus:

„Seit 1 1/2 Jahren hat die sozialdemokratische Presse des Inlandes, dann auch eine Anzahl französischer und italienischer Blätter, in den verschiedensten Variationen immer wieder geschrieben: Nach den deutschen Reichstagswahlen stände ein kirchliches Verbot der christlichen Gewerkschaften bevor. Wir haben uns auf derartige Schreierereien nicht mehr eingelassen, da wir wichtigeres zu tun hatten, als auf Agitationswanderer und Intriganten immer wieder in breiten Ausführungen zu antworten. Nun sind die Reichstagswahlen vorbei! Die sehr zu begrüßende Erwartung der sozialdemokratischen Agitation ist indes nicht erfüllt worden und wird nicht erfüllt werden.“

Die heutige Versammlung ist schon seit langem geplant. Ich hatte vor, mich jetzt nach den Wahlen ausschließlich über die Frage des von unseren Gegnern erhofften kirchlichen Verbots der christlichen Gewerkschaften zu äußern. Ich brauche dieses indes nicht mehr, da in den letzten Wochen zwei Rundgebungen von deutschen Bischöfen bekannt wurden, die die Lage klärten. Ich meine die Reden der Herren Bischöfe von Hildesheim und Paderborn. Die neueste Auslegung des Ojtorvatoro Romano läßt die Gegner ebensovienig auf ihre Rechnung kommen, was sich in kurzer Zeit noch deutlicher herausstellen wird. Nachdem aber in den letzten Monaten Ströme von Tinte wegen der christlichen Gewerkschaften geflossen sind, halte ich einige kurze, zusammenfassende Bemerkungen für angebracht.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird im Ausland meist völlig unzutreffend beurteilt; sie ist etwas ganz anderes, als die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in fast allen übrigen, insbesondere in den romanischen Ländern. Dort hat man es zu tun entweder mit Gruppen, die ausschließlich oder vorwiegend nach der politischen Macht streben und damit glauben, die Arbeiterklasse glücklicheren Tagen entgegenzuführen zu können, oder mit Organisationen, die überwiegend religiöse Zwecke verfolgen, oder aber mit anarchischen Gruppen, die die Sabotage (Zerstörung von Produktionsmitteln) als hauptsächlichstes Kampfmittel der Arbeiterbewegung ansehen. Daß der Gewerkschaftsbewegung in ihrem ureigenen Interesse auch Aufgaben obliegen hinsichtlich der politischen Mäßigkeit bei Steigerung der Produktivität, der Mitarbeit an der Herbeiführung gesunder Verhältnisse im Gewerbe auf dem Wege der Vereinbarung von Gewerbegesetzen, die für das ganze Reich Gültigkeit haben (nationale Tarifverträge), das sind für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den meisten romanischen Ländern heute noch entweder schier unfaßbare Begriffe, oder aber solche, die mit einer Handbewegung abgetan werden. Die klare Erfassung praktischer, positiv wirtschaftlicher Zwecksetzung scheidet eben dort noch fast völlig aus.

Damit hängt zusammen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland unbedingt eine zentralisierte Bewegung sein muß. Die ihr angehörenden Verbände können nicht anders, als die betreffenden Berufsgruppen für das ganze Reich in eine einheitliche Organisation zusammenfassen. Vereinigungen mit religiös-erzie-

lichen Zwecken bedürfen einer solchen Zentralisation nicht in dem gleichen Maße. So sehen wir beispielsweise die katholischen Arbeitervereine nach Diözesen organisiert und dann föderativ zusammengefaßt. Eine derartige Organisation wäre aber für die christlichen Gewerkschaften völlig unbrauchbar. Deutschland stellt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar, die deutsche Arbeiterjugend- und Gewerbe-Besetzgebung ist eine einheitliche, die Arbeitgeberverbände stehen meistens unter einheitlicher Leitung, die sozialistischen Gewerkschaften haben eine streng zentralisierte Organisationsform angenommen, sie zählen heute in 50 Industrieverbänden, die sich über das ganze Reich erstrecken, rund 2 1/2 Millionen Mitglieder.

Nationale Tarifverträge, eine großzügige Gewerbe-politik, die Umformung des Arbeitsverhältnisses, der

zu leben hat. In den romanischen Ländern steht die Arbeiterkraft den religiös-sittlichen Bedürfnissen der Zeit meist gleichgültig gegenüber, während die christliche Arbeiterkraft in wirtschaftlicher Hinsicht fast gar nichts zu melden hat.

Dabei ist die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands weiter gegangen als jede andere Interessengruppe. Man nenne uns doch einmal die Arbeitgeberverbände, Detaillistenvereine, Ärztenorganisationen, Bauernvereine, die mit kirchlichen Organisationen — als solche sind die konfessionellen Arbeitervereine in der Hauptsache anzusehen — eine Abgrenzung ihres Ausgabengebietes vornehmen und in einer Anzahl von Fragen mit diesen Organisationen zusammenarbeiten. Den Arbeitern eine Organisationsform zugumuten, die den Forderungen des nationalen Wirtschaftslebens nicht entspricht und die sie deshalb nicht befähigen würde, an dem berechtigten materiellen Aufstieg des Arbeiterstandes mitzuwirken, kann unmöglich in den Intentionen irgend einer Kirchen-Gemeinschaft liegen.

Trotzdem sind der christlichen Gewerkschaftsbewegung Angriffe nicht erspart geblieben, als sei sie vom religiös-kirchlichen Standpunkte aus nicht einwandfrei.

Auf diese Erceberereien im In- und Auslande näher einzugehen, lehnt die christliche Gewerkschaftsbewegung, wie schon gesagt, ab. Sie kann das um so mehr, als ihr grundsätzlicher Standpunkt durch wiederholte Rundgebungen in Wort und Schrift genügend erklärt worden ist. Alle die gegnerischen Darlegungen in neuesten Zeitungen und Broschüren sind nichts als längst widerlegte Unterstellungen, die nur in einem neuen Gewande und in neuerer Zusammenstellung aufmarschieren. Darum beschränke ich mich darauf, ausschließlich mit Rücksicht auf die wohlmeinenden Beobachter und Kritiker unserer Bewegung an dieser Stelle nochmals kurz den prinzipiellen Standpunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung nach der religiösen Seite festzustellen. Dabei betone ich ausdrücklich, daß ich nicht etwa lediglich meine persönlichen Ideen wiedergebe, sondern namens des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften rede. Ich resümiere also kurz:

Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet worden zu dem Zwecke, um den gläubigen katholischen und evangelischen Arbeitern eine Organisation zur Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Interessen zu bieten, in der den einzelnen Mitgliedern keinerlei Anschauungen oder Handlungen im privaten oder öffentlichen Leben, insbesondere auch in Angelegenheiten des wirtschaftlichen Gebietes zugemutet werden, die unvereinbar sind mit dem Glaubens- und Sittenlehren der katholischen bzw. evangelischen Kirche, so wie sie in diesen von der zuständigen Autorität gelehrt werden. Auf diesem Gebiete haben die christlichen Gewerkschaften stets gestanden und werden sie in Zukunft stehen.

Die christlichen Gewerkschaften beschränken statutenmäßig ihr Arbeitsgebiet auf die Behandlung praktischer Fragen wirtschaftlicher Natur; die Interessenvertretung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis und was damit zusammenhängt. Die Pflege des religiösen und sittlichen Lebens weisen sie deshalb der Kirche, der Familie und den konfessionellen Vereinen, insbesondere den Ständevereinen zu, die Erörterung und Behandlung politischer Fragen den politischen Parteiorganisationen. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben niemals verkannt, daß im Wirtschaftsleben, wie auch sonst im Leben Fragen auftauchen können, die das religiös-sittliche Gebiet berühren. Warum hätten sich sonst die christlichen Gewerkschaften von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gesondert organisiert, wenn sie nicht dieser Herbeizugung wären? Es ist stets und ständig betont worden, daß der spezifisch sozialdemokratische Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie in das Gewerkschaftsleben hineingetragen wird, von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht bloß aus nationalen, sondern auch aus religiösen Gründen

Papierarbeiter! Vor die Front!

Nahzu 400 000 christlich-nationale Arbeiter sind heute in den christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossen.

Hundertetausende eurer Kollegen

sind im Graphischen Zentralverband organisiert. Sie sind, entschlossen, den Papierarbeitern allerorts eine Verbesserung des oft noch recht harten Loses zu erringen. Zu Euch bringt immer wieder der Ruf:

Im gleichen Schritt und Tritt

sollt Ihr gehen mit den Kameraden, die gewillt sind, an der Verbesserung Eurer und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zielbewußt zu arbeiten.

Daß in den verschiedenen Papierfabriken noch manches verbesserungsbedürftig ist, darüber seid Ihr alle einig. Sollt Ihr nicht auch einig sein in dem Willen, diese Mängel zu beheben? Gewiß, Ihr seid es!

Darum müßt Ihr auch einig sein in bezug auf die Mittel, die zur Beseitigung derselben ergriffen werden müssen.

Sied einig!

Dieses Wort in die Tat umzusetzen, heißt brechen mit der überlebten Ansicht, daß es nicht notwendig sei, zur Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen im Verbandszusammen zu treten; heißt: **ich will!** heißt in tausendfachem Wiederhall: wir wollen.

Papierarbeiter!

Werdet unverzüglich Streiter in dem großen Heere der

christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Tretet ein in den

Graphischen Zentralverband.

einheitlich und systematisch ineinandergreifende Ausbau des Einigungswesens sind nicht möglich mit Lokalorganisationen irgendwelcher Art.

Die Bildung von christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen nebeneinander als zwei selbständigen Organisationsgruppen, die sich in ihrem Aufgabengebiet gegenseitig zu ergänzen haben, ist also nicht als das Ergebnis einer freien oder allmählich liebgewordenen Idee anzusehen; diese Organisationsform und gegenseitige Aufgabengrenzung ist vielmehr organisch aus den deutschen Verhältnissen erwachsen und aus der Erwägung heraus zustande gekommen, daß die christliche Arbeiterkraft ihren Mann zu stellen und sich Einfluß zu verschaffen und praktische Aufgaben des Tages

abgelehnt wurde. Darüber hinaus sind sich die christlichen Gewerkschaften stets bewußt geblieben, daß die Sozialdemokratie nicht bloß eine wirtschaftliche Organisation darstellt, sondern auch aus der materialistischen Weltanschauung heraus operiert und auch diese Weltanschauung offen vertritt. Mit Rücksicht darauf haben die christlichen Gewerkschaften stets dem zweiten Glied der christlichen Arbeiterbewegung, den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen, die größte Bedeutung zugemessen. Das haben sie insbesondere dadurch bewiesen, daß sie immer wieder ihre Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Standesvereine aufzuredeten, in der selbstverständlichen Erwartung, daß auch die konfessionellen Vereine ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften ebenso eifrig zuführen.

Neben den vorstehend dargelegten sind es hauptsächlich noch zwei Punkte, bei denen die Kritik gegen die christlichen Gewerkschaften einsetzt: 1. Deren Verhalten zum Streik. 2. Die Forderung der christlichen Gewerkschaften auf Selbstständigkeit ihrer Organisation. Was den Streik angeht, so findet man in christlichen Gewerkschaftsblättern keine große Begeisterung für dieses Kampfmittel. Trotzdem kann es für die Arbeiter der Privatindustrie unter keinen Umständen entbehrt werden. Auch die katholischen Gewerkschaften Hollands stehen wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands in der Streikfrage auf dem gleichen Standpunkt. Womit sollen denn zum Schluß sozialrechtlich und eigensinnige Arbeitgeber zum Nachgeben bestimmt werden, wenn die Arbeiter auf den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel verzichten? In der gegenwärtigen Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung ist der Streik für viele Arbeitergruppen unentbehrlich. Auf eine Einschränkung des Streiks kann allerdings hingearbeitet werden. Dafür gibt es die verschiedensten Mittel; es kann ein Teil der Differenzpunkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch die Gesetzgebung geregelt, das Tarifwesen gepestigt, das Einigungswesen viel wirksamer ausgebaut werden etc. Aber alle Differenzpunkte werden sich mit den beschriebenen Hilfsmitteln nicht beseitigen lassen. Der Wirtschaftsorganismus ist ja im Zeitalter des Weltwandels und des Weltverfalls viel zu kompliziert als daß alle möglichen Differenzpunkte durch allgemeine Gesetzgebungsmaßnahmen oder behördliche Reglementierungen behoben werden könnten. Damit würden wir wieder zurückkehren zum Verra des Volkstaates, in der zuguterzagt das gewerbliche Leben dantebeleg und sich nicht entwickeln konnte. Ein gewisses Maß freier Initiative und Bewegungsfreiheit ist im Zeitalter der Technik und schrankenloser Weltkonkurrenz sowohl im Interesse der Industrie, wie in demjenigen der Arbeitgeber und Arbeiter unentbehrlich. Die Schäden und Verluste, die zeitweise durch Streiks Arbeitgeber und Arbeiter, sowie die Volkswirtschaft erleiden, wiegen das Maß der Vorteile nicht auf, die durch die unbedingt notwendige freie Initiative und Bewegungsfreiheit der Faktoren Kapital und Arbeit der gesamten Volkswirtschaft gemahleitet werden. Eine absolut vollkommene Rechts-, Staats- und Wirtschaftsordnung wird es nie geben.

Weglich der Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften ist dieses zu sagen: Zunächst wollen die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen eine Ausnahmestellung, sie beanspruchen für sich nur das, was die Organisationen der übrigen Gewerkschaften und Interessentensichten (die Hunderte von Zünften und Syndikaten, die mächtigen Arbeitgeberverbände, die tausende gewerblichen und bäuerlichen Gewerkschaften, die Wandervereine, die Innungen, die Detaillistenverbände, die Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten u. c.) für sich als selbstverständlichkeit betrachten und was diesen bisher noch von niemandem verwehrt wurde. Weiter müßten aber auch unsere Kritiker einen gangbaren Weg zeigen, wie das richtige Verhältnis zwischen christlicher Gewerkschaftsbewegung und einer offiziellen Vertretung der kirchlichen Hierarchie (Bischof) hergestellt werden könnte.

Bei Zivilprozessen liegt oft die Sache so kompliziert, daß sich der Prozeß jahrelang hinzieht, und oft ein Dutzend Termine zwecks neuer Beweiserhebungen angelegt werden müssen. Bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter liegen in den meisten Fällen die Verhältnisse sowohl nach der Seite der wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie auch nach der rechtlichen und moralischen Seite mindestens so kompliziert, als bei einem schwierigen Zivilprozeß. Was soll denn in einer solchen Situation eine kirchliche Stelle tun, wenn sie zur Entscheidung angerufen wird? Soll sie die meist in der Mehrzahl befindlichen sozialdemokratischen und evangelischen Arbeiter oder die meist evangelischen Arbeitgeber als Zeugen vernehmen? Oder soll sie bei kompliziert liegenden Fällen den Streitgegenstand so lange vertragen, bis die Verhältnisse genügend geklärt sind? In solche Ratschläge wird sich weder die Mehrzahl der Arbeitgeber, noch die Mehrzahl der Arbeiter fügen, weil dabei in vielen Fällen die günstigen Konjunkturen und Situationen und damit die Voraussetzungen zu gewerkschaftlichen Erfolgen verfliegen wären.

In den letzten Jahren sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Arbeitervereinspräsidenten in Industriestädten sich energisch der Rechte der Arbeiter annahmen. Was war die Folge? Die Fabrikanten und ihr Anhang — verständlich ließen sich selbst einige Arbeiter zu dieser Rolle mißbrauchen — inzentrierten eine wahre Hejragd gegen den geistlichen Präses, mit dem Ergebnis, daß dieser an dem betreffenden Orte eine ersprießliche Wirksamkeit nicht mehr ausühen konnte und verlegt werden mußte. Und jedesmal kann man dann erleben, wie die Sozialdemokratie die Sache dahin ausnützt: der Bischof habe sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. — Ein Herr Farrer erzählt mir vor Jahren dieses: Er kam neu an einen Ort mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung. Dieser Ort stand nicht im besten Rufe. Die Fabrikanten besaßen den Farrer das Haus und legten Blöcke vor, monach sie in den letzten Jahren mit großer Unter-

bilanz gearbeitet haben wollten. Wenn die Arbeiter nicht zur Ruhe und Mäßigkeit gebracht würden, müßten sie ihre Fabriken schließen. Der Herr Farrer wollte, nachdem ihm auch von anderer Seite ähnliche Mitteilungen gemacht worden waren, auf die Arbeiter entsprechend ein. Und das Ergebnis? Die Arbeiter mißtrauten ihm und gingen nicht mehr zur Kirche. Später stellte sich heraus, daß der Herr Farrer von den Fabrikanten und ihren Hintermännern heimlich angeklagt worden war. „Nie wieder“, sagte mit der betreffenden Herr Farrer, „lasse ich mich auf solche Sachen ein. Ich hätte nahezu fünf Jahre zu tun, um das verlorene gegangene Vertrauen der Arbeiter des Ortes wieder zu gewinnen.“ Heute ist an dem Orte eine starke Zahlteile eines christlichen Verbandes. Der Herr Farrer ist heute glücklich, daher ähnlichen Fragen aus dem Wege gehen kann.

Schließlich noch folgende Begebenheit. Ich kenne Geistliche, die über die Verhältnisse eines Industriebezirks sehr unglücklich sind. In wenigen Jahren haben sich in dem Bezirk eine Anzahl Arbeiterdörfer gebildet; es mußten Kirchen gebaut und Pfarrstellen geschaffen werden. Auch die Industriellen haben dabei finanziell mitgewirkt. Jetzt steht es in den betreffenden Dörfern so aus: Fördert die Geistlichkeit die christliche Arbeiterbewegung direkt oder indirekt, so drohen die Fabrikanten mit Entziehung der Zuschüsse für kirchliche Zwecke; überläßt dagegen die Geistlichkeit die in sozialer Hinsicht ungeschulten Arbeiter ihrem Schicksal, so sind diese in ganz kurzer Zeit der Sozialdemokratie überantwortet. Das sind einige Tatsachen aus der Praxis. Mit nett abgeklärten Prinzipien, die auf die praktische Wirklichkeit keine Rücksicht nehmen, läßt sich weder das Volkleben noch die Arbeiterbewegung in einen bestimmten Rahmen hineinpresse. Die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften, in dem Sinne wie sie gedacht ist und wie ich sie hier umschrieben habe, ist ebensosehr im Interesse der Kirchengemeinschaften wie der Gewerkschaften gelegen.

Endlich noch einige persönliche Bemerkungen. Mich hat man in letzter Zeit wegen zweier Vorgänge öffentlich angegriffen: wegen des bekannten Briefes an den Verleger der holländischen Volkszeitung und wegen meiner Teilnahme am Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands im November 1911 in Rotterdam. Der Brief an Herrn Bakhem war ein Privatbrief. Die Ausbeutung dieses Privatbriefes im katholischen Lager finde ich in höchstem Maße unaufrichtig. Der Brief ist vor drei Jahren geschrieben und in der Zwischenzeit in unersahene Hände gelangt und zwar nicht durch die Schuld des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften. Aus diesen Tatsachen heraus hätte ich auch keine Veranlassung nachträglich ein weiteres zu tun, als in der Erklärung, die ich in der „holländischen Volkszeitung“ veröffentlichte. Derjenige, der im öffentlichen Leben an exponierter Stelle steht und alle seine Privatbriefe bei Verheiraten hinter seinem Rücken veröffentlicht sehen möchte, werle den besten Stein auf mich. Damit ist die Briefgeschichte für mich erledigt. Dann sagt man, ich sei im November 1911 in Rotterdam auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands gewesen, obwohl ich gewünscht hatte, daß die holländischen Bischöfe mit bestimmten Ausnahmen nur katholische Gewerkschaften wünschden. Das sei eine Provokation an die Adresse der holländischen Bischöfe gewesen! Nur gemacht! Mit Provokationen hatte meine Anwesenheit in Rotterdam nicht das allermindeste zu tun. Ich bin vor drei Jahren zum internationalen Sekretär der christlichen Gewerkschaften gewählt worden. Die christlichen Gewerkschaften Hollands sind dem internationalen Sekretariat angeschlossen. Wenn diese mich zu ihren Tagungen einladen, bin ich verpflichtet, ihren Verhandlungen beizumohnen. Ich habe also lediglich meiner Pflicht genügt.

Damit will ich die Streitgegenstände über die christlichen Gewerkschaften verlassen. Die christlichen Gewerkschaften werden, wie in den letzten Jahren, sich auch in nächster Zeit nicht mehr auf breite grundsätzliche Erörterungen einlassen, sondern auf der selbstberigen bewährten Grundlage weiterarbeiten. In der eingangs erwähnten Rede des Herrn Vischoff von Padernborn wurde u. a. ausgesprochen: „Dieser langjährige Streit ist niemand willkommen und nützlich gewesen als den sogenannten freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie. Ich verkenne dabei nicht, daß die insofern des Zwistes öfter gegangenen prinzipiellen Erörterungen u. v. über die Beziehung der wirtschaftlichen Arbeit zur übernatürlichen Bestimmung des Menschen oder über die sittliche Erlaubtheit einzelner Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe auch ihr Wert gehabt haben, indem sie zur Klärung wichtiger Fragen führten — jedenfalls ist es an der Zeit, des bedauerlichen Habers zu vergessen und leidenschaftslos auf eine Verständigung hinzuwirken.“ Soweit ich die gegenwärtige Situation überdenke, brauchen wir Gott Dank die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die ersehnte friedliche Verständigung auch wirklich kommen wird.

Den christlichen Gewerkschaften ist eine Verständigung auch sehr erwünscht; sie können allerdings einer solchen nur zustimmen auf dem Boden der Grundzüge, die hier entwickelt wurden.

Mit dieser Klarstellung des Charakters unserer Verbände werden alle in der Vergangenheit und Gegenwart gegen dieselben in dieser Richtung erhobenen Vorwürfe — wenn der gesunde Menschenverstand zu seinem Rechte kommt — nun endlich grenzenloslos gemacht sein.

Als die politischen Aufgaben der nächsten Zukunft, deren Förderung sich die christliche Gewerkschaftsbewegung besonders annehmen sein lassen wird, bezeichnet der Redner: Die Anpassung der sozialpolitischen Gesetzgebung an die neuzeitlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, eine baldige Regelung der so überaus dringlichen Wohnungsfrage, den Ausbau des Einigungs-

der Spitze, sowie eine gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet gelte es, wirksame Aufklärung über die Zusammenhänge im wirtschaftlichen und staatspolitischen Leben zu verbreiten, die Arbeitsfreudigkeit unserer Mitglieder und Vertrauensleute neu zu beleben. So könne und müsse der einheitliche Wille zur einheitlichen Tat gewendet werden, der uns den Weg zu neuen Fortschritten ebne.

Wahrscheinlich an diesen Appell möchten wir noch besonders an unsere Kolleginnen und Kollegen allerorts die Aufforderung richten, diesem Rufe Folge zu leisten, damit wir in den kommenden Monaten ein Ziel erreichen, das uns heute schon nicht mehr ferne liegt:

2000 Mitglieder.

Der neue Reichstag und die Sozialpolitik.

In der „Sozialen Praxis“ (Nr. 19, 8. Febr.) unternimmt es Professor Franke, die Aufgaben des neuen Reichstages auf dem Gebiete der Sozialpolitik in höchst bemerkenswerter Weise zu besprechen. Ausgehend von einer amtlichen Erklärung weiß er einleitend darauf hin, daß immer wieder der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Landesverteidigung hervorgehoben zu werden verdient. Zeitlich und aus schließlich gehe der beispiellose Aufstieg Deutschlands im Einklang mit der Sicherung des Vaterlandes und dem Fortschritt der sozialen Reformen. Das eine bedinge das andere. Das Erwerbsleben eines Volkes sei ohne Einhaltung des Friedens und Sicherung gegen Angriffe von außen unaufröhrlich gefährdet. Darum verlangt er vom neuen Reichstage, daß er Heer und Flotte auf die Höhe der Leistungsfähigkeit bringe. Darin läge auch eine Wurzel der Kraft für die Sozialpolitik.

„Neben die Fortführung der Wirtschaftspolitik und die Sicherung unserer Wehrmacht hat jene Regierungserklärung als gleichberechtigte dritte Aufgabe die Sozialpolitik gestellt. Das ist unseres Wissens zum ersten Mal in einer bedeutsamen amtlichen Kundgebung geschehen, und wir verzeichnen diese Tatsache mit einiger persönlicher Genugtuung. Denn wir erinnern uns noch sehr wohl der geistlichen Angelegenisse, die unsere Staatsregierung und Reichstrome verdächtigte, weil wir immer betonten: ebenso wichtig wie die militärische Rüstung, gute Finanzen, gesunde Wirtschaftspolitik ist die entschlossene Aufnahme sozialer Reformen, und was diese ungenügend verständig sich gegen unser nationales Falein nicht minder, als wer jene anderen Pflichten vernachlässigt. Jetzt tritt die Reichsregierung auf den gleichen Standpunkt und betont mit Nachdruck, daß die Sozialpolitik „die Bürgschaft einer friedlichen Entwidlung im Innern“ ist. Das ist der Leitstern unseres Denkens und Handelns von jeher gewesen: der Reaktion wie der Revolution, der Sozialpolitik von oben wie dem Umfuge von unten haben wir immer die soziale Reform entgegengestellt. Daß die Regierung sich in kritischer Stunde offen zu dieser Überzeugung bekennt, befriedigt die Erwartung, daß sie, ermutigt durch die günstige Bilanz des letzten Reichstages, auch an den neuen Reichstag mit weiteren Forderungen der Sozialpolitik, die dem inneren Frieden dienen, herantreten will. Wird der neue Reichstag sie dabei im Stich lassen?“

Franke meint, daß die Neuwahlen der Sozialpolitik keinen Abbruch getan hätten. Eine sozialpolitisch orientierte Mehrheit sei unter den bürgerlichen Parteien vorhanden. Von der sozialdemokratischen Partei erwartet er eine Wandlung in der parlamentarischen Linie.

„Ihre unfruchtbare Vereinnahmung lästete lange Zeit wie ein Bleigewicht auf einer sonstigen Entwidlung der Sozialreform und ermutigte die Abneigung all derer, denen die wirtschaftliche, sittliche und geistige Hebung der Massen Opfer auferlegt. Erst in der jüngsten Zeit ist hier eine Wandlung eingetreten: die sozialdemokratische Fraktion des vorigen Reichstages hat gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien wichtigen Regierungsvorlagen zugestimmt, darunter dem Hausarbeitsgesetz und der Angehörtenversicherung.“

Wie die Haltung der Sozialdemokraten, der nunmehr stärksten Partei, im neuen Reichstag sein wird, liegt im Dunkeln. Denn es wäre gewagt, manche Versprechungen schaffensfreudiger Mitarbeiter an sozialen Reformen, die von leitenden Parteimitgliedern und einzelnen Führern nach den Wahlen laut geworden sind, als feste Werte in den politischen Kalkül einzuflechten. Die Entscheidung für die künftige Haltung wird erst in der Fraktion und vermutlich auch nur von Fall zu Fall getroffen werden. Aber ein bestimmtes Moment wird sich dabei immer wieder geltend machen: wotierte früher die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gegen sozialpolitische Gesetze, so scheiterten diese nicht an diesem Widerstand, da eine starke bürgerliche Mehrheit für die Annahme sorgte. Jetzt aber beladen die die 110 Sozialdemokraten bei jedem Reim mit der gewaltigen Verantwortlichkeit der

Ablehnung von Maßregeln, die zwar häufig hinter den Wünschen, ja den Forderungen der Gerechtigkeit zurückbleiben, aber trotzdem der Arbeiterklasse eine fühlbare Erleichterung und Aufbesserung bringen. Den iden Standpunkt des „Alles oder Nichts“ kann sich eine Minderheit leisten, deren Votum an den Dingen nichts ändert, nicht aber eine große Partei, die häufig den Ausschlag gibt. Wie die Natur keine Sprünge macht, so geht auch der Weg der Sozialreform nur von Stufe zu Stufe zum Ziel aufwärts — wer praktische Politik treibt, freut sich des Erreichbaren und benützt das Erreichbare, um mehr zu fordern.“

Wir teilen den Optimismus von Prof. Franke nicht. Wir glauben nicht daran, daß die Sozialdemokratie an ihrer jahrgewöhnlichen Gelübde „Alles oder Nichts“ Politik mit einem Male abgeben und positiv an der Förderung unserer sozialen Gesetze mitarbeiten werde. Ihrer Stellung zum Hausarbeits- und Angestelltenversicherungsgesetz steht gegenüber ihre kindische, aber arbeiterschädigende Haltung bei der Reichsversicherungsordnung, die sie ablehnt. Wir glauben, daß das Bleigewicht an der sozialen Gesetzgebung durch den Zuwachs der sozialdemokratischen Fraktion schwerer geworden ist. Es wäre ja im Interesse der Sache zu wünschen, wenn wir uns täuschen.

Bezüglich der Aufgaben des neuen Reichstags weist Franke darauf hin, daß es sich nicht allein handeln könne um die Abwehr jeglicher Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschlechtern, sondern auch eine Reform des gesamten Koalitionsrechtes durchzuführen, die endlich Gerechtigkeit und Gleichheit unter den Parteien des Arbeitsvertrages schafft. Dann weist Franke zunächst darauf hin, daß die seit Jahren vorbereitete Neuordnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe den Reichstag beschäftigen soll. Eine Reform der Konfurrenzklause ist im Werke, das Gefährdrecht bedarf eingehender Verbesserung, der Dienstvertrag der technischen Beamten muß endlich auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung und der Angestelltenversicherung bedingt für manche Maßregel eine Genehmigung des Reichstags, die Arbeiterschutzvorschriften erweisen sich vielfach als unzulänglich (Großsenindustrie, Jugendschutz, Gastarbeiter u. a. m.).

Aber damit ist das soziale Aufgabengebiet des Reichstags noch nicht erschöpft. Die Frage des Tarifwesens muß in Angriff genommen werden. Die Tarifverträge „soll es zu erweitern und zu kräftigen, die Schädlinge, wie monopolistische Herrschaftsgelüste und Unterdrückung der Minderheiten, auszuwischen, das innere Leben gesunder Vertragspolitik zu stärken und ihren Geltungsbereich auszubauen. Was es zur Zeit auch noch zu früh sein, die in der Entwicklung begriffene Neugestaltung des Arbeitsvertrages, der in dem Boden der Gleichberechtigung und dem Verhandlungsprinzip wurzelt, in die festen Formen des Gesetzes zu gießen, so werden doch die wichtigsten Rechtsfragen nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung entschwinden. Und gleichen Schritt wird damit die Diskussion über den Ausbau des Einigungsweises gehen, das Arbeitskampfen vorbeugt oder sie im Entstehen schlägt. Dabei wird man erkennen, daß eine freiheitliche Regelung des Rechts der Berufsvereine sowohl für die Arbeitgeberorganisationen wie auch für die Arbeiterverbände sich als notwendig erweist.“

Wohin man auf dem weiten Gebiete der Sozialreform blickt, immer stößt man auf das Grundübel der Wohnungsnot. Was vom Reich und den Einzelstaaten, von Gemeinden, Baugenossenschaften, anderen Korporationen hier zur Steuerung des schlimmsten Übels getan ist, verhinert doch wieder in dem Meer von Jammer. Man über nur: 800000 Menschen in Groß-Berlin hausen in Kammern, in denen jedes Gemach mit 5-12 Personen besetzt ist, 400000 Volksschulkinder sind ohne Spielplätze. Man lese die hunderten, ergreifenden Schilderungen, man sehe die Abbildungen dieser Löhner und Winkel, in denen Millionen von Menschen dahinsiechen. Alle Fürsorge gegen die Säuglingssterblichkeit, alle Bekämpfung der Tuberkulose scheitert letzten Endes immer wieder an der Wohnungsnot. Trunksucht und Unfruchtbarkeit, die Zerstörer der Familie und damit der Grundlage des Staates, wuchern üppig auf diesem Boden. Staatsmänner, Sozialpolitiker, Aerzte, Geistliche, Lehrer wissen unaufhörlich auf diesen Herd alles Unheils hin. Und während wir noch beständig die Ziffern unserer Volksumnahme betrachten, sinkt die Geburtenzahl immer tiefer, verringert sich die Wehr- und Arbeitsfähigkeit unserer Jugend. Auch hierfür trägt das Wohnungsleben einen Teil der Schuld. Das Reich selbst kann freilich auf diesem Gebiet, das den Einzelstaaten und den Gemeinden untersteht, nicht gründlich durchgreifen, aber das Verlangen der Reichstags, sich zum Anwalt dieses Übels zu machen und unaufhörlich seine Stimme zu erheben, damit endlich, endlich Maßnahmen beseitigt werden, die das Gedeihen des Volkes untergraben.

„Eine Welle von sozialer Energie geht durch die ganze Kulturmenschenheit“, schreiben jüngst die „Nichtsozialen Blätter“. Das ist nicht zuviel gesagt. Wer den Zug dieser Welle im einzelnen verfolgt, sieht, wie in jedem geordneten Staatswesen die sozialen Aufgaben und die Versuche zu ihrer Lösung mehr und mehr die öffentliche Meinung, die Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen, in Europa, in ganz Nord- und Südamerika, in weiten Ländern Asiens und Afrikas, ganz zu schweigen von Australien. Kaum ein Tag vergeht, der nicht von irgendwoher Kunde von Reformen und Reformversuchen bringt. Und überall tritt die Erscheinung hervor, daß nach einem Ausgleich der Unterschiede gestrebt wird, daß das Niveau der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes, der Staatshilfe und der Stützhilfe allmählich auf die gleiche Höhe in der Kulturwelt steigt. Die Enten des Internationalen Versicherungskongresses und der Internationalen Arbeiterschwererunion beginnen zu reifen. Das Deutsche Reich steht in diesem sozialpolitischen Wettstreit in der vordersten Linie, aber mehr als ein anderes Land bemüht sich, ihm vorzuzukommen. Reichsregierung und Reichstag haben die Pflicht, unser Volk gesund und tüchtig zu erhalten. Dazu gehört neben guter Wirtschaftspolitik und Sicherung des Vaterlandes auch die Fortführung der sozialen Reformen. Die Regierung hat sich zu diesen drei großen Aufgaben bekannt. Der neue Reichstag wird, davon sind wir überzeugt, an ihrer Lösung redlich mitarbeiten.“

T. A. 3.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 11. Wochensbeitrag pro 1912 fällig.

Die Zahlstelle W.-Glöckner erhält hiermit die nachgesetzte Bestätigung zur Erhebung eines wöchentlichen Vorkalbeitrages.

Die neue Adresse des Münchener Zahlstellenkassierers ist: Wendelin Zimmermann, Sollierstr. 22/0 R.

Der Zeitungsendung liegen Flugblätter des Gesamtverbandes bei, deren zweckmäßige Verbreitung allen Mitgliedern dringend ans Herz gelegt sei.

Der neugewählte Vorstand der Zahlstelle Augsburg wird hiermit bestätigt.

Der Zentralvorstand
3. A.: Hornbach.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Unter den Bergleuten verschiedener Länder gährt es seit einiger Zeit wieder ganz bedenklich. Nachdem in England der Streik zur Lausache geworden, können auch gewisse Elemente in der deutschen Bergarbeiterschaft nicht mehr ruhig Blut bewahren und brängen mit allen Mitteln zum Ausbruch.

Das Organ der Anarchos, „Die Einigkeit“, schrieb in ihrer Nr. 8 vom 24. Februar 1912 in einem längeren Artikel „Ein internationaler Generalstreik“ u. a. folgendes:

„Mögen sich die deutschen Bergleute aufrufen und, wenn es sein muß, über die Köpfe ihrer Führer hinweg ihre Bewegungsbewegung dieser der Engländer und Franzosen anpassen. Es wird dann ein internationaler Kampf sein, dessen wichtige Schläge nicht umsonst geführt werden.“

Daß auch die sozialdemokratische Partei bei der jetzigen Bewegung ihre Finger im Spiele hat und sie gegen einen Streik haben möchten, bei dem ja ihr Weigen blüht, geht aus der hegerischen Schreibweise in der roten Tagespresse deutlich hervor.

Dem gegenüber betont „Der Bergknapp“, das Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter:

„Wir warnen dringend vor unüberlegten Streiks. Sie können nur zum Schaden der Arbeiter und ihrer Organisation ausschlagen. Alle denkenden Arbeiter müssen deshalb dagegen sein. Wir haben keine Veranlassung, jetzt durch einen Streik uns selbst und unsere Industrie zu schädigen, weil anarcho-sozialistische und sozialdemokratische Hegeer aus parteipolitischen Gründen einen solchen herbeiführen wollen. Im Gegenteil! Das Verhalten dieser Kreise ist ein Grund mehr, jetzt nicht zu streiken. Vertraue jeder einzelne dem Gewerkschaftsverein und sorge für dessen weitere Stärkung, dann wird die notwendige Besserung der Lage der Bergarbeiter schon eintreten. Nicht übersehen werden darf, daß die Erhöhung der Kohlenpreise erst mit dem 1. April eintritt. Da Lohnverhandlungen für März oder April in Aussicht gestellt sind, ist vorerst noch eine abwartende Haltung geboten. Es ist auch dringend notwendig, den Hegeern auf die Finger zu sehen und von ihnen Treiben der Gewerkschaftsleitung Mitteilung zu machen. Insbesondere ist dem Verhalten gewisser Hegeer innerhalb der Delegierten Aufmerksamkeit zu schenken. Wer jetzt in unverantwortlicher Weise zum Streik hegt, muß gestellt und der Gewerkschaftsleitung namhaft gemacht werden.“

Da zu erwarten ist, daß sozialdemokratische oder anarcho-sozialistische Hegeer versuchen, weitere Belegblätter durch anonyme Flugblätter zum Streik zu verleiten, so ist auch diesem Punkt die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Sollten Belegblätter verbreiten, so müssen sie unter allen Umständen angehalten werden und sind ihre Namen festzustellen. Unsere Mitglieder und auch die anderen ehrlichen und ordentlichen Bergarbeiter dürfen sich durch Beharren sozialdemokratischen oder anarcho-

sozialistischen Gefindels nicht zu arbeiterschädigenden Streiks verleiten lassen. Deshalb zugegriffen, wo es not tut.“

Mittlerweile haben mehrere Hundert Bergleute den Weisungen ihrer roten Führer zum Trotz bereits die Arbeit niedergelegt, wodurch die Disziplin dieser Leute in ein sonderbares Licht gerückt wird. Wie könnte es auch anders sein, nachdem jahraus jahrein systematisch gegen alle und jede Autorität gemettert wird.

Das ist der Grund der bösen Tat.

„Daß sie — fortgehend — Böses muß gebären.“

Gegenüber dem lauten Geschrei der roten Besse, die jetzt mit Gewalt den Streik im Ruhrgebiet haben will, weil die Verhältnisse dort unhaltbar seien, verweist „Der Bergknapp“ Nr. 10 auf Niedererschlesien, wo ein größerer Prozentsatz der Bergarbeiter organisiert sei, als im Ruhrgebiet, wo zugleich der rote Verband maßgebend ist, wo auch die Lohnverhältnisse noch mehr der Verbesserung bedürfen. Schreiben doch rote Arbeiter (Wodumer Volksblatt, Leipziger Volkszeitung) hierüber:

„Gefallen sind die Löhne also überall. Während sich aber in einzelnen Bezirken wiederum eine steigende Tendenz zeigt, geht die Lohnsumme in Niedererschlesien ständig zurück. Das ist eine um so schlimmere Erscheinung, als die Löhne dort an sich schon zu den niedrigsten gehören und jede weitere Erniedrigung jetzt in der Zeit der schwersten Not für den niederschlesischen Bergmann zu einer ganz verwerflichen Situation führt. Zahlenmäßig brüdt sich dieser Lohnverlust so aus: Seit 1907 bis jetzt (1911) beträgt der Verlust pro Schicht 13 Pfa., oder bei 300 Schichten 39 Mark. Zieht man in Betracht, daß 1907 das Geld eine weit größere Kaufkraft hatte als 1911, so ist festzustellen, daß die niederschlesischen Bergleute ihr Leben in der Zeit der Not und des Lebensmittelmangels mit viel weniger Geld fristen sollen, als in billigeren Zeiten mit höherem Einkommen. Daß solche tollen Zumutungen die Bergleute aufreißten und selbst einzelne Belegschaften „reichstreu“ Grubenarbeiter mit fortgerissen haben, ist begreiflich.“

Man sollte nun glauben, daß die Genossen in Schlesien unter solchen Umständen längst losgeschlagen hätten. Aber so sind sie gar nicht. Und das ist uns nicht neu, denn in anderen roten Hochburgen, in Sachsen und Thüringen, wo die Roten dominieren, sind seit vielen Jahrzehnten die schlechtesten Verhältnisse angestrebt — auch in den graphischen Bezirken, wie die Leipziger Großbetriebe ausgenommen — und doch hört man nichts von Lohnbewegungen und Streiks, weil das Groß der freien Arbeitererschaft lieber den Klassenkämpferscher Radikalismus ein geneigtes Ohr schenkt, als sich mit erster gewerkschaftlicher Arbeit befaßt. Die politischen Erfolge der Genossen wachsen eben in gleichem Maße, wie die Unzufriedenheit der breiten Massen, und daher stellt jede durchgreifende Verbesserung derselben eine gewisse Gefahr für die Chancen der Partei der Unzufriedenen dar.

Aber die Partei darf keinen Schaden leiden.

Am letzten Montag sind die Mitglieder des sogenannten „Dreibundes“ — Alter Bergarbeiterverband (sozialdem.), Tisch-Dummescher Gewerkschaft und Politische Berufsvereinigung in den Streik getreten.

Ueber den Ausgang dieses Streiks kann man kaum im Zweifel sein, wenn man bedenkt, daß am Montag, den 11. ds. Mts., nicht weniger als über 90000 Bergarbeiter des Ruhrgebietes trotz der Streikparole zur Arbeit gekommen sind.

Ob und wie weit sich Mitglieder des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter mit in den Streik reißen lassen, kann bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die Genossen wenden natürlich Alles auf, um dieselben zu einem solchen Schritt zu bewegen. Im Uebrigen sind sie groß im Verhöhnern der Arbeitswilligen, die jedoch durch überaus starke Aufgebote von Polizeimannschaften vor dem Fanatismus der Anarchos geschützt werden. Die Mitglieder des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter haben im gegenwärtigen Moment die Feuerprobe auf ihre Disziplin und Besonnenheit zu bestehen.

Im Uebrigen darf man erwarten, daß auch die Grubenbesitzer gleichmütig mit den Arbeiterauschüssen verhandeln, und zu einer durchgreifenden Lohnverhöhung sich bereit erklären.

Gewerkschaftliches.

Streik und Absperrung im Schneidergewerbe.

Die Schneider hatten in der letzten Zeit mehrere kleine Streiks durch zu suchen, und sie hatten dabei einige Erfolge.

Nun geht es auf's Ganze.

Die Verhandlungen, die in verschiedenen Städten eifrig gepflegt wurden, führten jedoch nicht zu der wünschenswerten Einigung, sondern sie scheiterten schließlich an unüberwindlichen Differenzpunkten. Um die Sache „großartig“ zu machen, wurden durch die Unternehmungen die nicht durch den Streik berührten Schneider ausgesperrt. Durch solche Gewaltmittel hofft man die Arbeiterorganisationen klein zu kriegen, diese haben sich aber auch auf solche Veruche gefaßt gemacht. So erließ der Vorstand des christlichen Schneiderverbandes folgende Bekanntmachung, die gleichfalls von den Vorständen der anderen beteiligten Verbände erlassen wurde:

1. Für die erste Woche des Streiks bezw. der Absperrung wird keine Unterfertigung gewährt. (Diese Maßnahme wird von den drei in Betracht kommenden Arbeitnehmerorganisationen durchgeführt.)

2. Alle vom Streik oder Absperrung nicht betroffenen männlichen Mitglieder aller Branchen haben für die Monate März und April einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 50 Pfennig neben dem Wochensbeitrag als Pflichtbeitrag zu entrichten. Den weiblichen Mitgliedern ist es auf besonderen Wunsch aus ihren Freizeiten freigestellt, den Ertragsbeitrag ganz oder zum Teil zu leisten. Ertragsmarken sind den Zahlstellen bereits zugegangen.

Wo dieselben nicht ausreichen, ist dies sofort zu melden. Der Ertrahertrag ist ganz an die Hauptkasse abzuführen. 3. Zuschüsse zu der statutarisch festgesetzten Streitunterstützung dürfen nicht gemindert werden.

Im übrigen verweisen wir auf die den Zahlstellen zugegangenen Rundschreiben und richten an alle Verbandsmitglieder den dringenden Appell, sich in dem nächsten Kampfe den Beschlüssen und Anordnungen des Zentralvorstandes und der Lokalverwaltungen zu fügen. Dadurch wird auch die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterorganisationen bedeutend gestärkt. Dazu kommt noch, daß viele Schneidergehilfen in eigener Werkstatt arbeiten, und nun auf eigene Rechnung und Gefahr Arbeit annehmen können.

Alle Mitglieder und Freunde mögen diese letzte Tatsache im Auge behalten! Das wäre die beste Unterstützung, die wir unseren kämpfenden Kollegen vom Schneiderverband bieten können und nach Möglichkeit auch sollen.

God die Solidarität.

Der Konflikt im Verbands der Buch- und Stein-druckerei-Gehilfen.

Der durch das Verhalten der Berliner Zahlstelle heraufbeschworen wurde und anscheinend durch den außerordentlichen Verbandstag beigelegt war, zeigt sich jetzt in einem neuen Gesicht.

Der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle — Moriz — war bekanntlich abgesetzt worden und zwar durch den Hauptvorstand. Moriz wollte selbst gehen. Die Berliner halten aber, trotzdem sie angeblich die Beschlüsse der Majorität achten wollen, daran fest, daß Moriz im Recht war und wollen nun nachweisen, daß die Mehrheit der Mitglieder hinter den 19 Delegierten stehe, die gegen den Hauptvorstand entschieden haben. Moriz soll also vorerst im Amt bleiben. — In diesem Falle scheint das Wahlrecht nicht genug demokratisch gehandhabt worden zu sein; man muß doch annehmen, die Genossen müßten, wenn sie unter sich sind, wenigstens den Proporz gelten lassen. Wenn aber hinter 25 Delegierten 6900 Stimmen stehen und hinter 19 Delegierten 9530 Stimmen, so ist das wirklich nicht nach dem — allerdings selten in der Praxis gefundenen — Prinzip, das alles Heil von den Entschlüssen der größeren Masse erwartet.

Man kann gespannt sein, wie sich dieser hässliche Streit noch auswickelt!

In der Graphischen Presse

rühmt sich Herr Bantmecht, daß er bei der Firma Koch & Palm in Ulm ebenfalls auch für die „Christen“ Erfolge errungen habe. Wir schmückten uns mit fremden Federn heißt es in dem Schrieb, wir hätten zur gegebenen Zeit keine gemeinsame Aktion angestrebt, erst hinterher seien wir nachgekommen u. s. w. Wir meinen nun doch, es sei ein Verdienst der Genossen gewesen, die mit Herrn Bantmecht unter einer Decke stehen, daß sie über die Wünsche bezüglich des Tarifes möglichstes Stillschweigen bewahrten. Die Christen sollten nichts erfahren von der ganzen Sache, damit man hinterher hätte sagen können: Seht, die Christen stehen die Vorteile ein, die wir ihnen zugesagt haben. Die sehr Herr Bantmecht verärgert ist, weil diese Taktik nicht zum erhofften Ziel geführt hat, kann man uns mehr begreifen, weil ein etwaisiges Gelingen dieses Schachzuges ein vorzügliches Agitationsmittel für ihn gewesen wäre. Und neue Agitationsmittel hat er notwendig. Sind doch in der betr. Firma nicht weniger als 9 Kollegen Mitglieder unseres Verbandes geworden, die z. T. mehrere Jahre in dem Verbands des Herrn Bantmecht waren, die nun aber dessen „Neutralität“ erkannt, und ihm daher den Rücken gekehrt haben.

Daran können sich andere christlich-gefinnte Lithographen und Stein-drucker ein Beispiel nehmen.

Im übrigen können wir Herrn Bantmecht auf Wunsch nachweisen, daß er nur das für den Tarif „erzielt“ hat, was die Firma vor den Verhandlungen festgelegt hatte. Er hat also keine Veranlassung, seinen Mitgliedern zu erzählen, wir hätten und mit seinen Federn geschmückt. Herr Bantmecht hat das Wort! Bitte los. —

Der Arbeitsmarkt.

zeigt nach den Erhebungen des Reichsarbeitsblattes im Monat Januar einen geringen Rückgang. Zwar hat sich nach den Berichten der Industrie die Beschäftigung in den meisten Gewerben gegenüber dem Vormonat auf gleicher Höhe gehalten, in einigen sogar eine Besserung gezeigt. Im Baugewerbe dagegen lag die Arbeit wegen der zeitweiligen großen Kälte vielfach still.

Nach den Berichten der verschiedenen Fachverbände betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende Januar 1911 2,6%, Ende Januar 1912 2,9%. Somit zeigt sich gegenüber dem Vorjahre eine geringe Verschlechterung. Im polographischen Gewerbe vertrieht sich die Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Verbände nach dem „Reichsarbeitsblatt“ folgendermaßen:

Organisation	Mitgl.-Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende am 1. Okt.	Arbeitslos am 1. Okt. auf der Höhe	Arbeitslose auf 100 Mitglieder	Jan. 1911	Jan. 1912
Buchdrucker	65791	1619	91	2,7	3,3	3,9
Buchbinder	30545	1018	40	3,5	3,7	2,8
Lithogr. u. Stein-drucker	17226	637	97	4,3	4,8	4,0
Graph. Hilfsarb.	16326	664	5	4,0	1,9	3,4
Gutenbergbund	3199	20	1	0,7	0,5	1,0
Graph. Zentralverband (christl.)	1739	16	6	1,4	0,7	0,7
Graph. Verufe (S.-D.)	1654	59	—	4,3	3,0	3,3
Lithographen	428	9	—	2,1	3,4	2,5
Notenstecher	442	—	—	—	—	—

Rundschau.

Wegen die Verdächtigungen von „Sig Berlin“

haben sich in den letzten Tagen zwei Bischöfe mit Weltlichkeit und Schärfe auseinandergesetzt. Auf einer Konferenz des Volksvereins für das katholische Deutschland, die am 5. Februar in Hildesheim stattfand, sollte Bischof Vertram von Hildesheim der Tätigkeit des (von „Sig Berlin“ besonders geachteten) Volksvereins warme Anerkennung und sehr dankbar sein.

„Desgleichen spreche ich mein Vertrauen aus zu den christlichen Gewerkschaften und bin auch ganz dafür, daß die jugendlichen Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften einreihen.“

Noch deutlicher sagte Erzbischof Kardinal Fischer von Köln in seinem diesjährigen Fasten-Bittendebriefe „Sig Berlin“ die Meinung. Nachdem er zunächst auf die kirchlichen Verdächtigungen Frankreichs zu und fragt: „Ist das nicht unglücklich tragisch?“ erklärt er:

„Allein noch trauriger ist es, daß auch bei uns einzelne Stimmen — sie haben, Gott Dank, keine Massen hinter sich — in die Unkluge einstimmen und es wagen, unser katholisches Deutschland, unser katholisches deutsches Volk als geistig verurteilt darzustellen, als antichristlich und antipäpstlich, als gefährdet im Glauben, als liebäugelnd mit den Andersgläubigen, als bereit, mit ihnen — ja auch mit denen, welche die christlichen Grundsätze preisgegeben haben — in eine Einigung zu bilden auf Grund eines unbestimmten, in der Luft schwebenden, sogenannten Christentums, das kein Christentum mehr ist! Wäre dem so, so verdient die Bischöfe Deutschlands, als die berufenen Wächter des Glaubens, den schärfsten Tadel; und wäre dem so, daß gerade Köln und die Kölner Erzbischöfe der Mittelpunkt einer solchen antikatolischen Bewegung sei, so müßte wahrlich der Papst den demaligen Inhaber des Stuhles des heiligen Vaterstuhles seines Amtes entsetzen, weil er seine Pflicht nicht erfüllt. Allein es ist nicht so, und ich protestiere mit tiefem Schmerz, aber auch mit vollster Entschiedenheit gegen solche unvernünftigen Verdächtigungen. Ich protestiere im eigenen Namen, wie im Namen der ganzen Kölner Erzbischöfe, und besonders ihres durch seinen kirchlichen Sinn ausgezeichneten Klerus; ja, ich darf sagen, ich protestiere aus dem Sinne des ganzen katholischen Deutschlands heraus.“

Durch nichts sollten sich die Angehörigen der Kölner Erzbischöfe betren lassen. Einzig und allein die Bischöfe hätten den Beruf, die Kirche zu regieren. „Von ihnen läßt sich unser katholisches Volk leiten, und nicht von solchen, die dazu keinen Beruf haben. So habt ihr es bisher gehalten, geliebte Erzbischöfen, so werdet ihr es femer tun.“

Als Entschiedenheit läßt diese Sprache des Kölner Kardinals nichts zu wünschen übrig. Es sind Keulenschläge für „Sig Berlin“, die da ausgeübt werden. Gut, daß mit den Verdächtigungen einmal in solcher Weise aufgeräumt wurde. An unseren Kollegen liegt es nun, in allen von „Sig Berlin“ beherrschten Gebieten zu zeigen, in welcher unvernünftigen Weise die christlichen Gewerkschaften verlegt worden sind. Das Fasten-Bittens schreiben des Kölner Kardinals muß das Licht der Erkenntnis aus in das von „Sig Berlin“ im Dunkeln gehaltenen Dörfern bringen. Gleichgültig dient es aber auch zum Nachdenken dafür, welche Beweislast allen Redereien über „ein Verbot der christlichen Gewerkschaften nach den Reichstagswahlen durch den Papst“ innewohnt. (Siehe Stegwalds Rede.)

Christliche und sozialistische Gewerkschaften in der Schweiz.

Von sozialdemokratischer Seite werden die christlichen Berufsorganisationen der Schweiz gewöhnlich als gänzlich bedeutungslos hingestellt. Im direkten Gegensatz hierzu steht allerdings die leidenschaftliche Kampfesweise der Sozialdemokratie. Abgesehen davon stimmt es aber auch nicht, daß die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz ohne Bedeutung wären. Sie haben im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens 11 780 Mitglieder organisiert, während die sozialdemokratischen Verbände 13 Jahre nach ihrer Gründung (1890) nur 9500 Mitglieder gesammelt hatten. Besonders bemerkenswert ist ferner, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Zeit von 1907 bis 1911 von 75 000 auf 58 000, also um 17 000 Mitglieder herun-ter gegangen sind, während die christlichen Berufsverbände in der gleichen Zeit um 7 000 Mitglieder zugenommen haben.

Aus den Zahlstellen.

Augsburg. Wohl sollte man glauben, daß sich die Mitglieder unserer Zahlstelle — wenn es denn einen oder anderen während des Jahres nicht möglich war den Versammlungen beizuwohnen — doch zur Generalversammlung vollständig einfinden würden, um von dem Versammlern doch einen Gesamtüberblick zu hören. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein, denn unsere Generalversammlung, die Umstände halber am 11. Februar tagen mußte, war bedauerlicherweise entgegen der Hoffnung besetzt, was den Vorliegenden recht berührte, umsomehr der wichtigen und reichen Tagesordnung wegen, die sich aus folgenden Punkten zusammenschloß: 1. Bericht des Vorsitzenden über das Geschäftsjahr 1911. 2. Rassenbericht. 3. Delegiertenbericht über die Generalversammlung des Bezirksrats Augsburg und Umgebung. 4. Neuwahl des Ausschusses. 5. Anträge und 6. Verschiedenes. Aus dem Berichte des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das vergangene Geschäftsjahr im allgemeinen ein befriedigendes war, doch hätte in mancher Hinsicht mehr erreicht werden können. Besonders hervorzuheben ist die Stellungsnachfrage von auswärts, und es war auch möglich, im einen oder anderen Betrieb Kollegen unserer Organisation unterzubringen. Noch erinnerte der Vorsitzende an den Verlust eines Kollegen, der uns durch den Tod entrissen wurde und ermahnte

alle, an dem großen Eifer, den der Verstorbenen seinerzeit als Verbandsmitglied immer entwickelt hatte, sich ein Beispiel zu nehmen und schloß mit dem Dank für die treue Mitarbeit und der Bitte, fernerhin auch die Treue zu bewahren, um auch dem zu wählenden Ausschuss die Arbeit zu erleichtern, den Bericht. Ein von den Anwesenden sehr freudig aufgenommenen Punkt war der Rassenbericht, den ebenfalls der Vorsitzende brachte. (Zu Verrettung unseres leider im Jahre 1911 kranken Kollegen Schallstiel, der die Kassenkasse innehatte, war der Vorliegende) Eine ganz beträchtliche Einnahme zeigte die Hauptkassa. Trotz der großen Unterstützungen, die im vergangenen Geschäftsjahr — dem 8. seit Bestehen unserer Zahlstelle — ausbezahlt wurden, ließ eine ganz nette Summe der Hauptkasse zu. Noch willkommenere ist von der Lokalkassenbestand, der trotz bedeutender Ausgaben ganz gut bei Klang ist. Eine gebildete Kommission, die die Kasse einer gründlichen Revision unterzog, gab über gute Führung und Richtigkeit des Bestandes. Also wurde der bisherigen Kassaführung Entlastung erteilt. Der Delegierte zum Bezirksrat, Kollege Egger, berichtete in Kürze über die Gegenstände der Kartellversammlung, was recht befriedigend aufgenommen wurde. Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Jos. Sailer, 2. Simon Widler, Kassierer Joh. Egger, Schriftführer Karl Wolf, Beisitzer und Revisor Hubert Wölle und als Delegierter zum Bezirksrat ebenfalls wieder Kollege Egger. Anträge waren keine zu erledigen. Zu Punkt Verschiedenes sprach Namens der Versammlung der 2. Vorsitzende dem 1. Vorsitzenden den Dank aus mit dem Verprechen, wieder Treue zu bewahren, noch mehr Liebe und Eifer zu unserer Sache zu zeigen, nicht bloß zur Freude unserer selbst, sondern des Kartells und des Gesamtverbandes. Nachdem auch zwei Vorsitzende hiesiger Bruderzahlstellen kürzlich ihren Besuch zukommen und desselbe von uns erbat, was auch versichert worden ist, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Versammlungs-kalender.

- Versammlungen finden statt:
- Augsburg.** Jeden 2. Sonntag im Monat vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal „Schützenhalle“ Wintergasse 12.
 - Darmstadt.** Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd im Restaurant Vogel, Hildgerstr. 16 in Darmstadt und Rest. Wilm, Ludwigr. 31 in Elberfeld.
 - Dietfeld.** Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im christl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
 - Dorn.** Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Bieder, Clemens Auguststr.
 - Dresden.** Samstag, den 6. April 8 Uhr im Bachbräu.
 - Düren.** Jeden 1. Sonntag im Monat vormittags 10^{1/2} Uhr Versammlung bei R. Rintenberg.
 - Düsseldorf.** Samstag, den 23. März, abends 8^{1/2} Uhr im Paulshaus, Luisenstr. 33/35. Volljähriger Besuch Pflicht.
 - Essen.** Samstag, den 16. März, 8^{1/2} Uhr im Alfredshaus.
 - Freiburg.** Samstag, den 23. März im Verkehrslokal Brauerei Gaunter, Schiffstr.
 - Hagen.** Samstag, den 16. März, Versammlung.
 - Kempten.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
 - Köln.** Samstag, den 16. März, Vortrag des Zentralvorstehenden Kollegen Hornbach. Volljähriger Besuch wird erwartet.
 - Lehrerbör.** Zur großen Versammlung am 24. März, nachm. 5 Uhr, im Saale von Dedens, Alle erschienen und Unorganisierte mitbringen. Referenten: Herr Sekretär Dick, M.-Glabbach u. Kollege Sedlmayr, Köln.
 - Münster.** Samstag, den 16. März bei Stegmann, Clemensstr. Volljähriges Erscheinen Ehrenpflicht.
 - München.** Samstag, den 23. März im Wiesmayergarten, Schillerstr. 16.
 - M.-Glabbach.** Jeden ersten Samstag im Monat bei v. d. Waldbach, Steppesstr., Eck Wilsheimstr.
 - Nürnberg.** Jeden 2. Montag im Monat im Paulshaus.
 - Regensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobierschenke.
 - Stuttgart.** Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Gasthof zum Herzog Christoph, Christophstr. 11 p.
 - Würzburg.** Am Mittwoch, den 20. März bei Gutbrod, Dandgasse.

Zur gen. Beachtung! Der Arbeitsnachweis für Süddeutschland liegt in den Händen des Kollegen Adolf Müller, München, Poststraße 23 I. R.

Zahlstelle München!

Die Unterstützungsauszahlung erfolgt von nun ab:

- Wochentags: abends von 7^{1/2}—8 Uhr.
- Sonntags: von 12—1 Uhr.

in der Wohnung des Kassierers
Zimmermann, Collierstr. 22. I. O.
Ferner wird jeweils in der Versammlung Unterstützung ausbezahlt.

Der Vorstand.
J. A.: Adolf Müller,
1. Vorsitzender.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Poststraße 14.
Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Clarastr. 9.